

3.10: Bildung braucht Zukunft – Schulpolitische Positionen der GEW

Einleitung

„Junge Menschen haben gleiche Rechte – egal wo und mit wem sie leben.“

„Junge Menschen brauchen Erfahrung - mit Differenz, mit Vielfalt und Gemeinsamkeit.“

„Je kürzer die Beine, desto kürzer die Wege – je kleiner die Kinder, desto kleiner die Klassen.“

Unter diesen Leitsätzen stellt die GEW zu Beginn des neuen Jahrhunderts und mehr als zehn Jahre nach der Vereinigung beider deutscher Nachkriegsstaaten ihre SCHULPOLITISCHEN POSITIONEN zur Diskussion. Sie sind das Ergebnis eines intensiven Ost-West-Dialogs und stehen in der Tradition emanzipatorischer, demokratischer und sozialer Bewegungen. Chancengleichheit, Integration, Demokratisierung, Interkulturalität, Emanzipation, Selbstbestimmung und Motivation sind Leitbegriffe, mit denen bewusst an Prinzipien und Überlegungen der (unvollendeten) deutschen Bildungsreformen angeknüpft wird. Dies geschieht nicht aus Mangel an neuen Ideen, sondern aus der Überzeugung, dass sich die überragende Bedeutung dieser Reformansätze erst unter den Bedingungen der multi-ethnischen, mit hohen sozialen und ökologischen Risiken und Herausforderungen konfrontierten Gesellschaften im beginnenden 21. Jahrhundert zeigen wird. Es gilt, die Modernität dieser Reformansätze für eine vorrangig sich auf menschlichen Fähigkeiten und Kreativität gründende Gesellschaft wieder zu entdecken und weiter zu entwickeln. Besonders berücksichtigt werden müssen dabei

- die sich verschärfende gesellschaftliche Spaltung in Arm und Reich sowie
- die zunehmende Ausdifferenzierung der Gesellschaft.

1. Grundsätze

Die GEW engagiert sich für ein demokratisches, staatliches, pädagogisch und fachlich leistungsfähiges Schulwesen, das sich den Herausforderungen der Bildungs- und Wissensgesellschaft stellt, das Chancengleichheit gewährleistet und den Grundsätzen der Integration, Interkulturalität, Geschlechterdemokratie und Nachhaltigkeit verpflichtet ist. Allgemeinschulische Bildung muss gerade auch unter den Bedingungen der Europäisierung und Globalisierung der Märkte allgemeines Gut und Element der sozialstaatlichen Daseinsvorsorge sein.

Die GEW engagiert sich für ein Schulwesen, in welchem auf der Basis einer von Motivation und Kooperation geprägten Schüler/Lehrerbeziehung junge Menschen dabei unterstützt werden, ihre Potenziale und Talente zu entfalten, das Lernen zu lernen, demokratie- und konfliktfähig zu werden und ihren Platz in einer Welt tiefgreifender gesellschaftlicher, ökologischer und ökonomischer Veränderungsprozesse zu finden. In Schulen soll gesellschaftlicher Zusammenhalt entstehen und Verantwortungsbewusstsein, Teamfähigkeit und Solidarität geübt werden können.

Die GEW ist Verfechterin eines Schulwesens, in dem eindeutig der Lernprozess den Bewertungsprozess dominiert. Der Lernprozess muss von den SchülerInnen als Erlebnis von eigener Bedeutung empfunden werden können und darf nicht auf eine für die Zensurenfindung instrumentalisierte Funktion reduziert werden. Entschieden wendet sich die GEW gegen Tendenzen, dass hinter dem Fetisch, alles und permanent bewerten zu sollen, die eigentliche Auseinandersetzung um die Sache selbst verblasst.

Die GEW warnt vor einer schulpolitischen Entwicklung, in der sich neoliberale Elemente mit Konservatismus verbinden. Eine Folge ist die Entwicklung zu einem *dichotomen Schulwesen*, in dem umfassende Bildung einer kleinen Minderheit in einem wohl ausgestatteten teuren Privatschulwesen vorbehalten ist, während der großen Masse ein vernachlässigtes, verarmtes und überfordertes öffentliches Schulwesen zur Verfügung steht.

Die GEW lehnt eine vom Konkurrenzprinzip beherrschte marktförmige Organisation des allgemeinbildenden Schulwesens entschieden ab. Die GEW ist überzeugt, dass die Gesetze des Marktes

für die Qualitätsentwicklung des Schulwesens kontraproduktiv sind, weil sie im Widerspruch zu den auf Langfristigkeit und Nachhaltigkeit angelegten Bildungsprozessen stehen und Chancengleichheit verhindern. Die GEW wendet sich deshalb gegen Tendenzen, die darauf abzielen, die Schulen nicht in die *pädagogische* Freiheit, sondern vor allem in die Freiheit eines (teil-)privatisierten und kommerzialisierten *Bildungsmarktes* zu entlassen, in welchem mittels Schulranking Gewinner und Verlierer ermittelt werden mit äußerst nachteiligen Folgen für Chancengleichheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die GEW initiiert einen Diskussionsprozess, der das *gesamte Schulwesen* auf den *Prüfstand* stellt und auf seine inhaltliche und organisatorische Zukunfts- und Innovationsfähigkeit hin untersucht. Fragen der Schulstruktur, der Lernorganisation und Lerninhalte, der Steuerung des Schulwesens sowie der LehrerInnenqualifikation kommt dabei eine entscheidende Bedeutung zu.

2. Umfassend und allgemein bilden und erziehen

Die GEW spricht sich dafür aus, den *Bildungs- und Erziehungsauftrag* der Schule als ein *integratives Konzept* zu begreifen, in dem sich Fachleistungs-, Methoden-, Sozial- und Selbstkompetenz wechselseitig bedingen. Auf der Basis wirkungsvoller Selbstkonzepte müssen Jungen und Mädchen das notwendige Wissen und die notwendige personale Stärke entwickeln können, um auf Veränderungen flexibel reagieren, Verantwortung für sich und andere übernehmen, lebensbegleitend weiter lernen und sowohl Phasen von Berufstätigkeit und Erwerbslosigkeit eigenverantwortlich managen zu können.

Lebensweltliches Orientierungswissen, Fragen der politischen Bildung und demokratischen Teilhabe, der Interkulturalität, der Ökonomie und Ökologie, der Reproduktions- und Erwerbsarbeit, von Kultur und Technik, der Medien, Medizin und des Rechts müssen als Elemente von *Allgemeinbildung* neu gewichtet werden. *Arbeitsorientierte / sozioökonomische* Bildung als Teil der politischen Bildung muss auf einem erweiterten Arbeitsbegriff basieren, der Erwerbstätigkeit, Familien-, Pflege- und Eigenarbeit, gesellschaftliche Arbeit und Lernarbeit einschließt. *Kulturell-ästhetische Bildung und Betätigung, Körperbeherrschung* und Bewegungssicherheit sowie Auseinandersetzung mit ethischen Fragen sind für die Persönlichkeitsentwicklung unverzichtbar. Jedes Kind soll ein Musikinstrument erlernen können.

Die GEW erarbeitet Vorschläge zur *Curriculumrevision* auf folgender Grundlage:

- Orientierung an einem Kompetenzmodell
- Schulisches Lernen als Stadium und Teil im Prozess des *lebenslangen / lebensbegleitenden Lernens*: das Lernen lernen, eine positive Einstellung zum Lernen erhalten und entwickeln, formelles mit informellem Lernen an nicht schulischen Lernorten miteinander verknüpfen; "virtuelles Lernen" einbeziehen, individuelle Interessenschwerpunkte fördern
- Problemlösungs- und Handlungsorientierung; Orientierung an *exemplarischen Problemstellungen* („epochaltypische Schlüsselprobleme“: z.B. Interkulturalität, Internationalisierung, Geschlechterdemokratie, Toleranz, soziale Gerechtigkeit, Friedenserziehung), die für Gegenwart und Zukunft junger Menschen bedeutungsvoll sind
- Methodenvielfalt, Sozialraumöffnung, Betonung von Praxis- und Lebensweltbezug
- Aufgaben- und lernzieldienliche Leistungsbewertung und die SchülerInnen einbeziehende Feedback-Kultur
- Evaluation der Qualität und Wirksamkeit von Lernprozessen als curricularer Bestandteil.

Die GEW misst der Entwicklung von *Sprachkompetenz* – gerade auch aus Gründen der Chancengleichheit – besondere Bedeutung zu. Sie formuliert *Empfehlungen* auf der Basis folgender Grundsätze:

- Unzureichende Kenntnisse in der *Unterrichtssprache* müssen vordringlich behoben werden. Die Förderung von Sprachkompetenz sowohl in der *Erst- wie in der Zweitsprache* muss in frühester Kindheit, spätestens im Kindergartenalter beginnen.

- Das Sprachpotenzial von Kindern aus Migrantenfamilien muss sehr viel stärker als bisher entwickelt werden.

Die Sprachen der MigrantInnen müssen in unterschiedlichen Formen durchgängig in den Bildungsprozess einbezogen werden (Erst-, Zweit-, Unterrichtssprache, Begegnungssprachen etc.). Alle Erstsprachen sollen auch als Fremdsprachen angeboten werden und auch Unterrichtssprache sein können.

Frühes Fremdsprachenlernen muss mit altersangemessenen Methoden erfolgen. Fremdsprachenkenntnisse dürfen aus Gründen der Chancengleichheit wie des gesellschaftlichen Bedarfes an mathematisch-technischer Intelligenz *kein Instrument der Auslese* für die Übergangentscheidung am Ende der Grundschule sein.

Die GEW entwickelt Eckpunkte für ein **umfassendes Verständnis** von **Medienbildung**. *Medienbildung* umfasst die „alten“ wie die „neuen“ Medien und zielt auf ein kritisches Verständnis medialer Mittel und Methoden. Junge Menschen müssen den Umgang mit riesigen Datenmengen und einer ungeordneten Informationsflut erlernen und Wertorientierungen entwickeln, um die Fülle der Erkenntnisse und Informationen dergestalt in Wissen zu transformieren, dass auf der Basis von Demokratie und Humanität die ökologischen und sozialen Lebensbedingungen der menschlichen Gesellschaften ins Gleichgewicht kommen können.

Medienkompetenz ist Teil der Medienbildung. Medienkompetenz meint die Fähigkeit, „alte“ und „neue“ Medien kompetent und kritisch nutzen zu können.

Dem Erwerb von Medienkompetenz und Medienbildung muss unter Beachtung geschlechtsspezifischer Unterschiede bei Zugang und Nutzung hohe Priorität eingeräumt werden. Den neuen Informations- und Kommunikationstechniken kommt im Bereich des allgemeinbildenden Schulwesens vor allem instrumentelle Bedeutung als *Arbeitsmittel* und *zusätzliches Lehr- und Lernmittel* zu.

Das sogenannte *virtuelle Lernen* mit Hilfe der neuen *Informations- und Kommunikationstechniken* kann die auf Interaktionen zwischen Menschen beruhenden Formen des Lernens ergänzen, aber nicht ersetzen. Das multimediale Lernen muss hinsichtlich seiner Voraussetzungen, Wirkungen und Konsequenzen kontinuierlich erforscht werden.

Die Möglichkeiten von Multimedia für selbst gesteuerte Lernprozesse sollen altersangemessen und lernzielgerecht genutzt werden.

Der Zugang zu den Neuen Medien muss unabhängig von Bildungsstand und Einkommen der Eltern möglich sein.

Multimediale Bildung erfordert ein hohes Maß an personellen und sächlichen Investitionen. Medienpädagogische Aspekte müssen integraler Bestandteil der Aus- und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer sein.

Recht auf Bildung – Lernzeit - Schulpflicht

Die GEW fordert eine mindestens 10-jährige allgemeine Schulpflicht, die im Alter zwischen fünf und sieben Jahren beginnt. Eine *Bildungspflicht* ab drei Jahren soll geprüft werden. Die Schulpflicht soll generell auf alle Kinder und Jugendlichen ausgedehnt werden, die - unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus - in der Bundesrepublik ihren Lebensmittelpunkt haben.

Die GEW lehnt die generelle Verkürzung der Lernzeit bis zum Abitur ab - ebenso wie die Einrichtung weiterer schulischer Sonderformen (z.B. sogenannte Schnellläuferklassen und Sondereinrichtungen für kognitiv besonders Begabte). Die GEW befürwortet die individuelle Flexibilisierung von

Lernzeiten entsprechend den individuellen Lernmöglichkeiten und den zu erreichenden Zielen (Überspringen von Klassen, fachbezogene Mitarbeit in höheren oder niedrigeren Klassenstufen, Prävention statt Sitzenbleiben).

3. Chancengleichheit anstreben – Benachteiligung ausgleichen

Bildungsabschlüsse legitimieren den Zugang zu Beruf und Einkommen, gesellschaftlichem Einfluss und sozialer Anerkennung. Das Bemühen um Chancengleichheit ist sowohl eine gesamtgesellschaftliche wie auch eine **zentrale Aufgabe aller Ebenen des Schulwesens**: Chancengleichheit anzustreben liegt im Interesse des Einzelnen wie der Gesamtgesellschaft.

Gemeinsames Leben und Lernen bietet eine Vielzahl wichtiger Lernanreize und Lernmöglichkeiten und ist deshalb wichtige Voraussetzung von Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen. Soziale Kohäsion entsteht nur im gemeinsamen Alltag. *Sonderpädagogische Förderung* hat in Regelschulen ihren Platz und ihre Notwendigkeit. Dies gilt auch für Gymnasien und Realschulen. *Gemeinsamer Unterricht* fördert alle Schülerinnen und Schüler in gleichem oder höheren Maße als getrennter Unterricht. Dies gilt auch dann, wenn Kinder und Jugendliche mit besonderen Begabungen besondere Unterstützung brauchen.

Die **geschlechterbewusste und –gerechte Schule** nimmt Schülerinnen und Schüler als Mädchen und Jungen in den Blick, als Individuen, die geprägt sind von einer Gesellschaft, für die die Geschlechtszugehörigkeit eine wichtige soziale Kategorie ist. Die Prinzipien der *reflexiven Koedukation* tragen zur Verbesserung der Chancengleichheit bei. Schule spielt eine zentrale Rolle bei der Entwicklung eines nichthierarchischen, partnerschaftlichen, zukunftsweisenden Geschlechterverhältnisses. Die Gründe für die zunehmende Benachteiligung von Jungen müssen erforscht, den Ursachen mit geeigneten Maßnahmen begegnet werden.

Interkulturalität ist notwendige Bedingung von Chancengleichheit. Sie muss zur Schlüsselkompetenz werden und zwar im Bereich des Sozialen Lernens (z.B. Toleranz, Empathiefähigkeit), der Politischen Bildung (z.B. Migrationsursachen, Rassismus) und der mehrperspektivischen Allgemeinbildung (z.B. globales Denken, Überwindung des Eurozentrismus). Eine systematische Revision aller Curricula anhand interkultureller Kriterien sowie der Aufbau eines interkulturellen, integrativen wertevermittelnden Unterrichtsbereichs ist dringend geboten.

Die GEW entwickelt Vorschläge für ein Maßnahmenbündel zur *Verbesserung der Chancengleichheit*. Bemühungen um deutlich weniger Schulverweigerer und Jugendliche ohne Schulabschluss sowie um deutlich mehr Jugendliche mit höherwertigen Schulabschlüssen, müssen im Zentrum schulorganisatorischer, materieller und pädagogischer Anstrengungen stehen. Der Benachteiligung von jungen Menschen mit Behinderungen, aus Migrantenfamilien und aus schwierigen sozialen Verhältnissen, aufgrund von Geschlechtszugehörigkeit, kultureller, religiöser oder regionaler Herkunft muss mit gezielten, der Benachteiligung adäquaten Ausgleichsmaßnahmen begegnet werden. Folgende Elemente haben besondere Bedeutung:

- *Chancengleichheitspläne* als verbindlicher Bestandteil von Regierungshandeln wie von Schulen
- *Chancengleichheitsforschung* als eigener interdisziplinärer Forschungszweig
- Koordination der Schulentwicklungsplanung mit der Jugendhilfeplanung

Als *Nachteilsausgleich* werden angemessene *konzeptionelle* und *materielle* Konditionen, Entwicklungs- und Förderpläne benötigt.

Individuelle Förderkonzepte tragen dazu bei, dass alle Jungen und Mädchen die Fähigkeit zu selbstverantwortlicher Lebensführung und Beschäftigungsfähigkeit erlangen können. Hinsichtlich der Ausstattung der Schulen muss das Prinzip gelten: Je kleiner die Kinder, desto kleiner die Klasse - je größer der spezielle Förderbedarf desto besser die personelle Ausstattung.

Schwerpunkte des Engagements sollen sein:

- Armut im Kinder- und Jugendalter
- frühes Lernen
- Sprache(n) lernen
- Schulen mit besonderen Problemen
- ländliche Regionen / regionale Bildungslandschaften

4. Demokratie verwirklichen

Die GEW spricht sich für eine *größere Selbstständigkeit* der Einzelschule sowie für eine pädagogische Schul- und Qualitätsentwicklung aus. Damit die größere Selbstständigkeit und Selbstverantwortung der Schulen für die *demokratische* Erneuerung des *staatlichen* Schulwesens genutzt werden kann und nicht zu Entwicklungen wie Mängelverwaltung, neuer Hierarchisierung, Deregulierung der Beschäftigungsverhältnisse, Privatisierung, Ökonomisierung und Kommerzialisierung führt, müssen folgende zentrale Punkte beachtet werden:

Schulen müssen selbst so sein wie ihre SchülerInnen werden sollen. Demokratie, Mündigkeit, Toleranz müssen gelebt werden. Schulen müssen als Orte demokratischer Teilhabe *erfahrbar* sein. Die demokratische Schule muss als handlungsorientierte pädagogische Einheit mit weitgehenden *Partizipations- und Mitbestimmungsrechten* aller Beteiligten strukturiert sein. Pädagogisch selbst verantwortliche Schulen verstehen sich als Subjekte ihrer Qualitäts- und Schulentwicklung.

Demokratische Schulen benötigen ausbalancierte Machtverhältnisse. Das bedeutet, dass allen Leitungsbefugnissen sowohl im pädagogischen wie im Personalbereich Partizipations- und Mitbestimmungsrechte auf Seiten der Lehrenden und Lernenden entsprechen müssen. Zur Machtbalance gehören symmetrisch gestaltete Vereinbarungen, die Aufgaben, Ziele und zur Verfügung stehende Ressourcen beschreiben sowie ein regelmäßiges „Leitungs-Feedback“. Die Mitglieder des Schulleitungsteams sollen „Erste unter Gleichen“ sein, von der Schulgemeinde auf Zeit gewählt werden und ihr gegenüber verantwortlich sein.

Die GEW lehnt Globalhaushalte, also die völlige Finanz- und Personalautonomie für Schulen, ab. Die Bewirtschaftung von Sach- und Personalmitteln muss auf der Basis vorgegebener *Standards bezüglich Umfang und Qualifizierung des Personals* erfolgen. Budgetierung darf nicht zur Deregulierung von Beschäftigungsverhältnissen und zur Beschäftigung schlecht oder nicht qualifizierten Personals führen.

Die Schulen müssen Mitsprache bei der Zuweisung des Personals haben. Sie sollen jedoch das pädagogische Personal weder einstellen noch entlassen können.

Enthierarchisierung der pädagogischen Professionen sowie der Beziehungen zwischen Schulverwaltung, Schulaufsicht, Schulleitung und Schulen kennzeichnet ein demokratisches Schulwesen und fördert die Qualitätsentwicklung.

Das Schulwesen der Bundesrepublik Deutschland - gleich, ob staatlich oder privat - steht gemäß Grundgesetz und den Länderverfassungen unter der Aufsicht des Staates. Der staatlichen Schulaufsicht kommt durch gemeinsames Handeln der schulfachlichen wie der verwaltungsfachlichen Seite vor allem die Aufgabe zu, darauf zu achten und dafür zu sorgen, dass das Schulwesen die Grundprinzipien unserer Verfassung - Sozialstaatlichkeit, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie- und Toleranzgebot, Chancengleichheitsgebot und Minderheitenschutz, Qualitätsgebot - verwirklicht bzw. verwirklichen kann. Die Schulaufsicht hat immer dann den direkt steuernden Zugriff auf die Schulen, wenn demokratische Rahmenvorgaben verletzt werden und ohne ihren Zugriff diese Rahmenverletzungen offensichtlich nicht behoben werden können.

5. Qualität entwickeln

Die GEW entwickelt ein eigenes *Qualitätskonzept*. Kerngedanke soll sein: „Statt Ranking und Konkurrenz: Qualitätsentwicklung und Vergleichbarkeit mit Hilfe von Kommunikation und Kooperation“. Dabei lässt sich die GEW von folgenden Grundsätzen leiten:

Verantwortlich für pädagogische Qualitätsprozesse sind Menschen auf verschiedenen Ebenen (Ebenen der politischen Steuerung, der Aufsicht, der Einzelschule und ihrer Lehr- und Lernprozesse sowie der vielfältigen pädagogischen Interaktion und Unterstützung). Pädagogische Qualitätsprozesse verlaufen komplex, nicht linear.

Grundlage ist ein umfassender pädagogischer Qualitäts- und Leistungsbegriff, der alle Elemente schulischen Lernens und Lebens beinhaltet und nicht nur auf Aspekte von Fachleistung focussiert. Die gesamte Schulgemeinde soll die Schul- und Qualitätsentwicklung tragen. Besondere Bedeutung kommt der aktiven Mitwirkung der Schülerinnen und Schüler zu.

Qualitätskontrollen und Standardsicherung sind nur sinnvoll und seriös durchführbar, wenn Zielklarheit besteht.

Maßnahmen der *Qualitäts- und Standardsicherung* sowie *der internen und externen Evaluation* müssen in Übereinstimmung mit den Zielen der pädagogischen und demokratischen Schulentwicklung und eines schüler-, handlungs- und problemorientierten Unterrichts sein. Zentrale Abschlussprüfungen und standardisierte Schulleistungstests erfüllen wegen ihrer normierenden und gängelnden Wirkung diese Anforderung nicht.

Schulprogramme und schulinterne Evaluation sind dann sinnvolle Instrumente, wenn sie der *pädagogischen Qualitätsentwicklung und Selbststeuerung* der Schulen dienen. Schulprogramme als Instrumente der externen Qualitätskontrolle lehnt die GEW ab.

Eine professionelle *Kooperations- und Feedback-Kultur* zwischen und auf allen Ebenen ist konstitutiv für die Schul- und Qualitätsentwicklung. Die Bewertung und Evaluierung von Lernprozessen und Unterricht muss curricular verankert und mit ausreichender Arbeits- und Lernzeit ausgestattet sein. Datenhoheit und Persönlichkeitsschutz müssen garantiert sein. Die (Selbst-) Bewertungskompetenz der Schülerinnen und Schüler soll systematisch entwickelt und auch in schriftlich fixierte Bewertungen einbezogen werden.

Weitere sinnvolle Qualitätsinstrumente und -maßnahmen der selbst gesteuerten internen und externen Evaluation können sein: Schulübergreifende Qualitätszirkel, Netzwerke mit anderen Schulen, Kooperationen mit Wissenschaft und Beratungsstellen, Vergleichsarbeiten, die der Selbstvergewisserung von Lerngruppen, LehrerInnen und Schulen dienen, Stichproben, Fallstudien, Diagnoseinstrumente für die schulinterne Evaluation, lokale und regionale pädagogische Konferenzen sowie konstruktive öffentliche Schüler- und Schulwettbewerbe sind.

Ungeeignete Instrumente sind: flächendeckende punktuelle und standardisierte Fachleistungstests als Grundlage für Standardsicherung und Vergleichbarkeit, als Mittel zur Feststellung der Qualität von Einzelschulen und des gesamtem Schulsystems. Die GEW lehnt die Konkurrenz zwischen Einzelschulen auf der Basis von Schulranking ab.

Flächendeckende punktuelle und standardisierte Fachleistungstests als Maßnahme des *system monitoring* toleriert die GEW nur so lange, wie der Datenschutz aller Beteiligten gewährleistet, die Datenhoheit der Schulen garantiert ist und Schlussfolgerungen und Konsequenzen in einem transparenten und partizipativen Verfahren diskutiert werden. Schulform-Ranking sowie den von der KMK vereinbarten Wettbewerb zwischen den Bundesländern lehnt die GEW ab. Die staatliche Schulaufsicht kann Kooperationspartner bei der selbstgesteuerten internen und externen Evaluation von Schulen sein.

Zur pädagogischen Schul- und Qualitätsentwicklung benötigen die Schulen ausreichende *Zeitbudgets und fachliche Kompetenz*.

Aus Anlass der Entwicklung von *Qualitätsindikatoren durch die Europäische Union* beteiligt sich die GEW an dem Vorhaben der Europäischen Lehrer- und Bildungsgewerkschaften, ein eigenes Qualitätskonzept in die Diskussion einzubringen, das die Bedeutung interner Evaluation und die Notwendigkeit eines umfassenden Verständnisses von Qualität betont.

6. LehrerInnenarbeit als Schlüssel zur Qualitätsentwicklung

Die GEW begrüßt, dass die Qualität der LehrerInnenarbeit wieder starke Beachtung findet. Die GEW fordert und unterstützt Maßnahmen, die eine *aufgabengerechte Qualifizierung* der Pädagoginnen und Pädagogen zur Folge haben und die zur Stärkung von Motivation, pädagogischem und demokratischem Engagement führen.

Folgende Themen sollen in allen Phasen der LehrerInnenbildung in den nächsten Jahren Priorität haben:

- Lehren und Lernen in heterogenen Lerngruppen
- Erhalt der psychischen und physischen Gesundheit und der beruflichen Motivation
- Umgang mit schwierigem SchülerInnenverhalten
- Demokratisierung der Schule
- Qualitätsentwicklung und Evaluation der eigenen Arbeit

Die GEW bemüht sich um Kooperationspartner für ein bundesweites Fortbildungsprojekt *Lehren und Lernen in heterogenen Lerngruppen*. In einer gemeinsamen Anstrengung von Landesregierungen, Schulen, der pädagogischen Forschung sowie den Fort- und Weiterbildungseinrichtungen soll analysegestützt funktionierende Praxis einer Pädagogik der Vielfalt und Gemeinsamkeit dokumentiert und weiterentwickelt werden.

Die GEW fordert und unterstützt eine *Intensivierung der Unterrichtsforschung*, die SchülerInnen und LehrerInnen als gleichberechtigte AkteurInnen einbezieht. Ein besonderes Augenmerk muss der *reflexiven LehrerInnenbildung* gelten. Dringend aufklärungsbedürftig durch Forschung, Selbst- und Fremdbeobachtung sind die Auswirkungen, die Geschlecht, Schicht, Ethnie und Kultur der Lehrkräfte auf das Lernen von Kindern und Jugendlichen haben.

Die GEW hält eine intensive *Diskussion des professionellen Selbstverständnisses* der Lehrerinnen und Lehrer für notwendig. In den Diskussions- und Verständigungsprozess einbezogen werden sollen BerufsanfängerInnen, Studierende und ReferendarInnen sowie Schülerinnen und Schüler und Eltern.

Die GEW schlägt ein System professioneller *Selbsthilfe und Selbstkontrolle* vor, das dem Grundsatz folgt, wonach Vorbeugen besser ist als Entlassen - und zwar beginnend bereits in der Berufsindeutigungsphase.

7. Aspekte einer strukturellen Weiterentwicklung des Schulwesens

Oberstes Ziel aller Bildungspolitik muss es sein, für alle Menschen das Recht auf Bildung zu verwirklichen. Dieses Menschenrecht und nicht die aktuelle beschäftigungspolitische Nachfrage muss maßgeblich für die Ausgestaltung unseres Schulwesens sein.

Das *gegliederte Schulsystem* erfüllt die hochgesteckten Leistungserwartungen nicht.

- Zur Verbesserung von Chancengleichheit
- aus pädagogisch-qualitativen Gründen
- zur Verbesserung sozialer Kohäsion und
- aus schulplanerischen und finanziellen Erwägungen

hält die GEW am Ziel des *gemeinsamen Lernens* in der "*Einen Schule für alle*" fest, denn die schulpolitischen und pädagogischen Ziele der GEW sind innerhalb des gegliederten deutschen Schulwesens nur zum Teil und nur unzulänglich zu verwirklichen.

Die GEW steht zu diesen Konzepten, wohlwissend, dass nahezu alle politischen Parteien nur noch auf die Binnenoptimierung der einzelnen Schule setzen und Schulstrukturfragen für überholt erklären, während konservative Kreise gleichzeitig die bestehenden Gesamtschulen bekämpfen.

Die GEW schlägt die Weiterentwicklung der Schulen als Teil *kommunaler Bildungszentren* vor. Diese bestehen mindestens aus Tageseinrichtungen für Kinder und anderen Einrichtungen der Jugendhilfe, Schulen sowie formellen und informellen Unterstützungsnetzwerken, zu denen Hochschulen, Beratungseinrichtungen und Volkshochschulen gehören. Schulen sollen sich zu *Lern- und Lebensorten* entwickeln, die auf die individuellen Lernbedürfnisse und -möglichkeiten der Kinder und Jugendlichen eingehen, in denen schulpädagogische und sozialpädagogische Kompetenzen gleichberechtigt zusammenwirken und *lebensweltliche Kompetenzen und außerschulische Lernorte* einbezogen werden.

Grundsätzlich soll das Schulwesen so organisiert werden, dass ein flexibler Umgang mit demografischen Schwankungen möglich ist. Ziel muss sein, allen Kindern und Jugendlichen möglichst wohnortnahe Schulen zu sichern, den Schulen eine kontinuierliche Entwicklung und den Schulträgern eine kostenbewusste Versorgung mit Schulen zu ermöglichen.

Ziel ist der mindestens *zehnjährige gemeinsame Schulbesuch* in *ganztägig geöffneten Stadtteil- oder Nachbarschaftsschulen*, in denen *alle* Kinder und Jugendlichen familien- und einkommensunabhängig und ihren Fähigkeiten entsprechend gefördert werden.

Die GEW setzt sich für den Ausbau von Schulsozialarbeit und anderen Formen der Kooperation von Jugendhilfe und Schule ein.

Die GEW verfolgt das Ziel des gemeinsamen Lernens in der *Einen Schule für alle*, die auf der Grundlage eines gemeinsamen Bildungsbegriffs zu einem in allen Bundesländern gleichwertigen Bildungsabschluss nach Klasse 10 führt. Die anschließende *Oberstufe* integriert allgemeine und berufliche Bildung. Die *Schulabschlüsse* am Ende der Oberstufe sind anschlussfähig, vergleichbar und bundesweit anerkannt.

Die GEW orientiert sich an einem Konzept, bei dem *verschiedene Wege und Zwischenschritte* zur *Einen Schule für alle* möglich sind. Aufgrund der unterschiedlichen schulgesetzlichen Ausgangslagen und demografischen Entwicklungen in den einzelnen Bundesländern kann es *keinen Königsweg* zum längeren gemeinsamen Lernen geben. Wo immer es schulpolitisch möglich und durchsetzbar ist, soll der Weg der vollen Integration beschritten werden: über das längere gemeinsame Lernen von Anfang an bzw. über die Ausbreitung integrierter Gesamtschulen.

Die Gesamtschule ist für das Ziel des gemeinsamen Lernens die strukturell und konzeptionell am weitesten entwickelte Schulform. Sie ist die einzige Schule, die potenziell "eine Schule für alle" ist, weil sie im Prinzip ungeachtet der Bildungsvoraussetzungen und Herkunft jeden aufnimmt und niemanden an andere Schulformen abgeben muss. Deshalb wird die GEW die Weiterentwicklung und Verbreitung von integrierten Gesamtschulen unterstützen.

Die GEW wendet sich gegen alle Tendenzen, die bereits Erreichtes in Frage stellen, Gesamtschulen und sechsjährige Grundschulen auszutrocknen oder abzuschaffen und die Integration junger Menschen mit Behinderungen zurückzudrängen.

Die GEW entwickelt länderspezifische schulpolitische Konzepte zur *Einen Schule für alle*.

Die GEW befördert Modelle kommunaler Bildungszentren.

Die GEW setzt sich für die innere Stabilisierung, die pädagogische Weiterentwicklung und die weitere Verbreitung von Gesamtschulen und anderer integrierter Schulsysteme ein.

Die GEW entwickelt unter Einbeziehung bereits vorliegender schulpolitischer, (sonder- und sozial-)pädagogischer Erfahrungen Konzepte, die die Entwicklung von Schulen des gegliederten Schulsystems zu *Einer Schule für alle* unterstützen. Inhaltliche Schwerpunkte sind: Die Gestaltung der Übergänge, Vereinheitlichung der Bildungsgänge, Durchlässigkeit, Anschlussfähigkeit und Gleichwertigkeit der Abschlüsse.

Bei der Weiterentwicklung der Schulpolitischen Positionen wird der berufliche Bildungsbereich mit einbezogen werden.

Die GEW fordert die Landesregierungen auf, *staatlich garantierte und finanzierte Schulprojekte* zu ermöglichen, die bereits heute nach den Grundsätzen der Einen Schule für alle arbeiten. Schulen soll bei Vorliegen eines entsprechenden Konzeptes auf Antrag der Status eines *Schulprojektes* im Sinne einer *Schule als Zukunftswerkstatt* eingeräumt werden.

Die GEW organisiert über das Internet ein *SchulNetz GEW*, dem sich alle Schulen anschließen können, die sich für ihre Entwicklung auf die pädagogischen und schulpolitischen Grundsätze der GEW verständigen. Die Netzwerkschulen treiben durch Kooperation und Kommunikation die pädagogische Qualitätsentwicklung an ihren Schulen voran. Sie führen *Kampagnen* durch, die das Ziel haben, für vorhandene Probleme die gefundenen Lösungen auszutauschen, zu begutachten und öffentlich zu machen.

8. Finanzierung, Investitionen

Die GEW setzt sich für verlässliche und angemessene Lern- und Arbeitsbedingungen auf der Basis einer aufgabengerechten materiellen und personellen Ausstattung des Schulwesens (Ressourcenpläne) ein. Schulen müssen öffentlich finanziert, planungssicher, bedarfsgerecht und unbürokratisch organisiert und verwaltet werden. Besondere *Aufgaben- und Investitionsschwerpunkte* der nächsten Zeit sollen sein:

- die frühe Bildungsphase bis zum Ende der Grundschulzeit
- Schulen bzw. Kinder und Jugendliche mit besonderen Problemen und erhöhtem Förderbedarf
- die pädagogische Schul- und Qualitätsentwicklung.

Die Verwaltung des Finanzbudgets durch die Schulen darf nicht zur Mängelverwaltung missbraucht werden; die Schulen dürfen nicht gezwungen sein, *finanzielle Zusatzquellen* (Sponsoring, Elternbeiträge) zu erschließen.

Zwischen Schulen mit unterschiedlich hohen Zusatzeinkünften muss im Interesse von Chancengleichheit ein System des *Finanzausgleichs* geschaffen werden.

9. Zusammenarbeit

Die GEW verfolgt ihre pädagogischen, bildungs- und arbeitsplatzbezogenen Ziele im Dialog und im Bündnis mit anderen gesellschaftlichen Gruppen. Grundprinzip aller Aktivitäten und Kampagnen ist, dem engen Zusammenhang zwischen den materiellen Arbeitsplatzinteressen und der qualitativen Entwicklung des Schulwesens Rechnung zu tragen. Die GEW bietet die Plattform für pädagogische und schulpolitische Debatten. Sie initiiert und beteiligt sich an *Kampagnen zur qualitativen Verbesserung des Schulwesens* und sucht Bündnispartner für ihre Ziele.

Die GEW strebt *Vereinbarungen zur Weiterentwicklung des Schulwesens* und der Einzelschulen an. Sie bietet Landesregierungen und Schulträgern Gespräche an, um auf dem Vereinbarungswege Lösungen für notwendige pädagogische und schulpolitische Innovationen zu suchen.

Die GEW *unterstützt Schulen*, die pädagogische und organisatorische Innovationen planen, bei ihren Verhandlungen mit Landesregierungen und Schulträgern.

Die GEW bemüht sich im Kontakt mit Elternvertretungen, die *Kooperation von Schule und Elternhaus* zu verbessern. Bildung und Erziehung müssen als gemeinsam verantworteter Prozess begriffen werden.